

"Sie nennen es Frieden. Wir nennen es Krieg"

Großkundgebung gegen Sicherheitskonferenz mit mehreren tausend Teilnehmern in Münchens Innenstadt

** Aus: Neues Deutschland, 11. Februar 2008*

Mehrere tausend Menschen haben am Sonnabend in München weitgehend friedlich gegen die 44. Sicherheitskonferenz demonstriert. Erwartet friedlich verlief auch die Friedenskonferenz am selben Ort.

3700 Polizisten, ein paar Rangeleien am Rande und laut dem Ermittlungsausschuss der Roten Hilfe 45 Leute in Gewahrsam: Das ist die Bilanz des großen Demonstrationzugs am Sonnabendabend gegen die 44. NATO-Sicherheitskonferenz (Siko). Zu den von der Polizei befürchteten Ausschreitungen kam es nicht – obwohl der Zug gegen die Bedenken der Polizei erstmals mitten durch die Fußgängerzone führte. Die Veranstalter zeigten sich zufrieden und gaben die Teilnehmer mit 8000 bis 10 000 an. Die Polizei sprach von 3000 Demonstranten.

Der Protestzug unter dem Motto »Wir stellen uns quer« war Höhepunkt einer Reihe von Veranstaltungen gegen die diesjährige Siko. Ein breites Bündnis aus politischen Gruppen und Friedensinitiativen hatte dazu aufgerufen.

Zäh waren in den vergangenen Wochen die Verhandlungen mit dem Kreisverwaltungsreferat über die Route des Demonstrationzugs verlaufen. Nach einem Kompromiss setzte sich der Zug aber pünktlich um 18 Uhr in Bewegung. Eingebettet von allen vier Seiten durch Polizisten und in guter Stimmung durch Musik, steuerten die Demonstranten den Odeonsplatz an: in Hör- und Sichtweite der Residenz, in der die Siko-Teilnehmer zu dieser Zeit dinierten.

»Sie nennen es Frieden. Wir nennen es Krieg« war auf einem Banner, das quer über die Straße ging, zu lesen. »Ginge es nach dem Grundgesetz, dürfte die heute tagende Kriegskonferenz nicht stattfinden. Die Vorbereitung von Angriffskriegen ist nämlich verfassungswidrig und vom Grundgesetz verboten«, sagte Hauptorganisator Claus Schreer bei der Großkundgebung auf dem Marienplatz, die der Demonstration vorausging. Schreer warf den Veranstaltern des NATO-Treffens Scheinheiligkeit vor: Die Staatschefs planten mit den Rüstungslobbyisten Kriege und nannten dies »Friedensmissionen«. Der »Gipfel der Heuchelei« aber bestehe in der Verleihung eines Friedenspreises mit dem Titel »Frieden durch Dialog«: Um Frieden durch Dialog zu stiften, schicke »Militärminister Jung« jetzt eine zusätzliche Kampftruppe nach Afghanistan: »Dieser Dialog wird mit schweren Waffen geführt«, sagte Schreer. In diesem Jahr vergab die Münchner Friedensbewegung ihrerseits zum ersten Mal einen Friedenspreis: Das Munich American Peace Committee verlieh den Preis »Frieden aus Überzeugung« an den ehemaligen US-Soldaten Chris Capps, der nach einem Einsatz in Irak vor seiner Verschickung nach Afghanistan desertiert war.

An den Protesten am Sonnabend (9. Februar) beteiligten sich starke Delegationen aus dem Ausland – unter anderem aus dem italienischen Vincenza und aus Griechenland; Grußworte schickte der 85-jährige Poet und ehemalige sandinistische Kulturminister Ernesto Cardenal. Eine starke Abordnung stellten die Kurden, die gegen die herausragende Rolle des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan bei der diesjährigen Siko protestierten. Auch Künstler wie Konstantin Wecker und eine Reihe von Politikern hatten sich den Protesten angeschlossen. Unter ihnen waren der linke Europaparlamentarier Tobias Pflüger und Christine Buchholz, Mitglied im geschäftsführenden Parteivorstand der LINKEN. Pflüger fragte bei seiner Rede nach der deutschen Rolle in Afghanistan, wo sich der deutsche Einsatz immer weiter von der ursprünglich angepriesenen Stabilisierungs- und Wiederaufbaumission in Richtung eines offensiven Kampfeinsatzes

verschiebe. In den Kriegen der NATO würden immer mehr Zivilisten getötet, sagte Pflüger. Sie seien aber nur mit Hilfe der Militärbasen möglich, gegen die sich ein weltweiter Widerstand richten müsse. Buchholz wertet die Demonstration als »vollen Erfolg«. »Die Demonstranten haben auf die Straße getragen, was die Mehrheit der Bevölkerung denkt: Der Krieg in Afghanistan ist nicht zu gewinnen und die Bundeswehr muss zurückgezogen werden.«

Um die Argumente der Siko-Gegner ging es auch bei der 6. Friedenskonferenz am Freitag und Sonnabend. Der Schirmherr und neue Ehrenbürger Münchens, Prof. Hans-Peter Dürr, war sich mit den weiteren Referenten einig: Die Zivilgesellschaft dürfe nicht warten, bis die Politik aktiv werde, sondern müsse jetzt handeln. Es sei der Widerstand des gewöhnlichen Volkes, der die entscheidenden Impulse setze.

Friedenskonferenz als Alternativgipfel

Gegner des Nato-Sicherheitstreffs diskutierten über Klima und Energie

** Aus: epd, 10.02.2008*

München. An diesem Wochenende wurde viel demonstriert gegen den 44. Nato-Sicherheitsgipfel. Die Gegner legten aber auch ihre Argumente dar: bei einer Friedenskonferenz mit hochkarätigen Gästen und Unterstützung des städtischen Kulturreferats. Unter dem Motto "Friedenspolitik angesichts Energiekrise und Klimawandel" sprachen beim internationalen Forum am Freitagabend im Alten Rathaus Schirmherr Prof. Hans-Peter Dürr, Sabour Zamani vom afghanischen Kulturzentrum in Berlin, Ursula Sladek von den Elektrizitätswerken Schönau und der ehemalige UN-Koordinator für den Irak, Hans-Christof von Sponeck. Der Samstag bestand aus einer Vertiefung der Themen in Workshops und Diskussionsforen und einer aktuellen Runde zur Münchner Sicherheitskonferenz. Es diskutierten über Atomraketen und die Frage, ob ein neuer Rüstungswettlauf und ein Rückfall in den Kalten Krieg drohen: Prof. Dürr, Ex-General Hermann Hagen und Wolfgang Schlupp-Hauck von der Friedenswerkstatt Mutlangen.

Einen weiten Bogen spannten die Referenten am Freitagabend - von München über Kabul, dem kleinen Schwarzwaldstädtchen Schönau bis zum Nahen Osten und den Vereinten Nationen. Dabei legten sie dar, dass letztlich doch alles mit allem verbunden ist. "Was haben Klima und Energie mit dem Frieden zu tun?", fragte Ursula Sladek und beschrieb, wie 1986 in der 1500-Seelengemeinde Schönau eine Gruppe von Bürgern anfang zu handeln: Die Bürger übernahmen die Stromversorgung ihrer Gemeinde, bauten viele kleine, dezentrale und alternative Kraftwerke und verzichteten auf Kohle- und Atomstrom. Ohne Wandel in der Energiepolitik werde es in den kommenden Jahre neue Kriege um Ressourcen, ökologische Katastrophen und etwa 20 Millionen Klimaflüchtlinge geben, zitierte Ursula Sladek die Prognosen der Wissenschaftler. Auch Atomstrom sei weder eine endliche Ressource noch klimaneutral: Der Abbau von Uran zerstöre Lebensräume und werde immer energieaufwändiger, je mehr diese Ressource zu Ende gehe. Der Schirmherr der Veranstaltung und neue Ehrenbürger Münchens, Prof. Dürr, sah im Klimawandel ein Glück: Dieses Problem mache nicht Halt an den Grenzen von Ländern und Nationen, sondern betreffe jeden und sei nur von der Menschheit als Ganzes zu lösen. Die Klimakrise zwingt zur Zusammenarbeit. Ein solcher Lernprozess könne die Menschheit in die Lage versetzen, auch andere Probleme gemeinsam zu lösen.

Sabour Zamani aus Afghanistan sprach über die aktuelle Lage in seiner Heimat und kam zu dem Schluss, dass es den Frauen im siebten Kriegsjahr so schlecht geht wie unter den Taliban, Millionen

von Menschen auf der Flucht sind, im afghanischen Parlament 80 Prozent Warlords und Drogenbosse sitzen und 90 Prozent des weltweit angebauten Heroins in Afghanistan produziert werden: "Es geht um den Kampf um Macht auf Kosten der Menschen", sagte Zamani und mahnte an, insbesondere den Drogenanbau zu stoppen. Zamani: "Man kann keine Terroristen bekämpfen, indem man mit anderen Terroristen paktiert."

"Was können wir uns von der UNO erhoffen?", fragte Hans-Christof von Sponeck, der nach 32 Jahren bei den Vereinten Nationen im Jahr 2000 zurückgetreten war, weil er als Oil For Food-Koordinator die Verarmung der Menschen im Irak nicht mehr mittragen wollte. "Die UNO hat viele Gesichter und Großes geleistet", sagte Sponeck. Aber alles laufe nur solange gut, bis ein Problem ins Visier der großen Politik gerate. Dann werde die UNO mit viel Heuchelei und Doppelmoral als Werkzeug missbraucht – und bleibe in fast allen großen Krisen eine Randerscheinung. Als einen Hauptgrund für die Schwäche der UNO machte Sponeck die Tatsache aus, dass es keinen echten Multilateralismus gebe. Würden die Länder wirklich zusammenarbeiten, sähe der Nahe Osten heute anders aus. Von Bürgermeister Jan Neoral aus dem tschechischen Trokavec wurde ein Grußwort verlesen. Der kleine Ort Trokavec steht in vorderster Reihe des Widerstands gegen die Stationierung amerikanischer Radarsysteme. Münchens dritter Bürgermeister Hep Monatzeder nannte die Friedenskonferenz einmal mehr "die wahre Sicherheitskonferenz". Sie endete am Sonntag mit einem Friedensgebet der Religionen.

Weniger Sicherheit durch Auslandseinsätze

Friedenspolitischer Kongress als Beitrag zum Global Action Day

** Aus: epd, 27. Januar 2007*

München. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr haben Deutschland nicht mehr Sicherheit gebracht, sondern weniger: Das war das Fazit des Friedenspolitischen Kongresses am Freitag und Samstag im Gewerkschaftshaus an der Schwandthalerstraße. Eine Reihe von Referenten beschäftigte sich mit den Gründen einer zunehmenden Militarisierung, mit deren Auswirkungen auf die Bürger und möglichen Gegenstrategien. Die Veranstaltung war sowohl ein Beitrag zum internationalen Global Action Day des Weltsozialforums als auch Teil der Gegenaktionen zur Nato-Sicherheitskonferenz vom 8. bis 10. Februar in München.

"Deutschland im Krieg": Mit diesem Titel waren die beiden Tage mit vier Diskussionsforen und einem Abschlussplenum überschrieben. Die Veranstalter betonten, dass der Arbeitstitel kein Fragezeichen trage: "Deutschland befindet sich bereits im Krieg - spätestens seit Afghanistan", sagte Claudia Haydt von der Informationsstelle Militarisierung (IMI). Für die deutschen Soldaten werde der Einsatz immer gefährlicher. Für die vielen Milliarden, die Auslandseinsätze und Rüstungsinvestitionen kosteten, müssten die Steuerzahler aufkommen.

In welchem Maße Auslandseinsätze der Bundeswehr das eigene Land verändern, beschrieb Gabriele Heinecke aus der Sicht des Republikanischen Anwältevereins Hamburg. Heinecke nannte Schlagwörter wie Datenvorratshaltung, Bundestrojaner und Onlinedurchsuchung und zog den Schluss, dass mit den Rechten der Bürger auch die Demokratie abgebaut werde. Dieser "Staatsumbau" geschehe schleichend und sei eine "Option für härtere Zeiten": "Im Hinterland muss

es ruhig sein, wenn Deutschland zunehmend mitmischte auf dem internationalen Parkett.“

Warum weltweite Militäreinsätze ausgerechnet seit Anfang der 90er Jahre zugenommen haben, fragte Conrad Schuhler vom Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung. Er fand eine einfache Antwort: Seit dem Ende des Kalten Krieges werde die Welt neu aufgeteilt. Knapper werdende Ressourcen und deren maßloser Verbrauch schafften Sachzwänge. Rohstofflager und Verteilungswege müssten militärisch abgesichert werden. Matin Baraki, gebürtiger Afghane und Hochschuldozent für Internationale Politik an den Universitäten Marburg, Gießen und Kassel, stellte die These auf, dass die westlichen Länder eine wesentliche Rolle bei der Destabilisierung seiner Heimat gespielt hätten: sei es durch die Bewaffnung der späteren Taliban während des Krieges mit der Sowjetunion, sei es durch Militäreinsätze nach dem 11. September 2001. Das Elend Afghanistans liege nicht etwa in der Rückständigkeit seiner Bevölkerung, sondern in der besonderen geostrategischen Lage: in der Nachbarschaft zu China und dem Iran, in der Nähe zu den wichtigsten Ölregionen der Welt. So sei Afghanistan heute weit entfernt von Stabilität und nur ein Land unter dem Protektorat von Nato und USA. Der wirtschaftliche Aufbau sei eine Farce. Der einzige Wirtschaftszweig, der unter den Augen der Nato-Soldaten floriere, sei der Drogenhandel. Barakis Prognose: Eine nachhaltige Befriedung Afghanistans sei gar nicht beabsichtigt. Solange das Land ein Unruheherd bleibe, bestehe die Rechtfertigung, immer neue Truppen ins Land zu schicken.

Zu den vehementen Kritikern einer Bundeswehr im Auslandseinsatz gehört Jürgen Rose, Oberstleutnant bei Streitkräfteunterstützungskommando München. Rose machte unter anderem dadurch von sich reden, dass er im vergangenen Jahr wegen des Tornado-Einsatzes in Afghanistan den Dienst verweigert hat. Beim Abschlussplenum des Friedenspolitischen Kongresses sagte Rose, seiner Meinung nach werde die Bundeswehr zunehmend missbraucht und unter anderem für eine Aufstandsbekämpfung im eigenen Land vorbereitet. Bei der Diskussion beim Abschlussplenum über Gegenstrategien stützte Rose die Einschätzung weiterer Referenten, die ihre Hoffnung auf das Engagement und die Vernetzung der Zivilgesellschaft setzten. Rose: “Der Souverän ist das Volk. Wir als Souverän sind selbst schuld, wenn wir uns entmachten lassen.“ Die Veranstaltung wurde organisiert von einem Zusammenschluss aus mehreren Organisationen, darunter Münchner Sozialforum und Friedensbündnis.